



**Dringliche Vorlage zur
Kenntnisnahme und
Empfehlung von
Ausschüssen**

Drs. Nr: **2056/II**
Status: öffentlich
Datum: 20.06.2006
Verfasser: Bezirksamt

vom / der
Bezirksamt

**Bezirkshaushaltsplan Steglitz-Zehlendorf für die Haushaltsjahre
2006 und 2007 (Doppelhaushalt 2006/07) - Beschluss Nr. 958,
Buchst. D, Nr. 7 - (Drs. Nr. 1675/II)**

Beratungsfolge:

<u>Datum</u>	<u>Ausschuss</u>	<u>Sitzung</u>	<u>Erledigungsart</u>
21.06.2006	BVV	47.	Überwiesen
28.08.2006	HHA	67.	Kenntnis genommen
26.10.2006	BVV	1.	

**Muss gemäß Mitteilung von FinDez am 17.10.06
lediglich in den Mitteilungen des Vorstehers
veröffentlicht werden!**

1. Gegenstand der Vorlage:

Bezirkshaushaltsplan Steglitz-Zehlendorf für die
Haushaltsjahre 2006 und 2007 (Doppelhaushalt
2006/07) – Beschluss Nr. 958, Buchst. D, Nr. 7 –
(Drucksache 1675/II)

2. Berichterstatter:

Bezirksstadtrat Stefan Wöpke

3. Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.09.2005 unter
Beschluss Nr. 958, Buchstabe D, Nummer 7 folgendes beschlossen:

„Zu Kapitel 3340 Titel 462 01 wird das Bezirksamt ersucht, die Pauschalen
Minderausgaben für Personal im Laufe des I. Quartals 2006 aufzulösen und
hierüber schriftlich zu berichten. Bis dahin sind im Kapitel 3340 und im Einzelplan
39 alle Stellen bei Freiwerden gesperrt.“

Es wird gebeten zur Kenntnis zu nehmen, dass die Abteilung Soziales dem
Auflagenbeschluss nicht in voller Höhe folgen kann.

A

Die von der Senatsverwaltung für Finanzen zu Grunde gelegten Daten zu den
Personalausgaben in den bezirklichen Sozialämtern sind wiederholt Gegenstand
mehrerer Beratungen, Vorlagen und Anfragen auch auf Landesebene gewesen. Die
zuständige Abteilung Soziales hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die
Senatsverwaltung für Finanzen bereits im ersten Halbjahr 2005 damit begonnen hatte,
anhand eines Rechenmodells auf der Grundlage der Daten zur Kosten- und
Leistungsrechnung zu analysieren, ob in ausreichendem Umfang Personal an die
JobCenter abgeordnet worden sei.

Die durchgeführten Berechnungen dienten ausschließlich als analytisches Hilfsmittel, um
Aussagen darüber treffen zu können, ob näherungsweise in angemessenem Umfang
Personal, das für Aufgaben in den Bezirken nicht mehr benötigt wird, an die JobCenter
umgesetzt worden ist. Sie hatten deshalb nicht den Anspruch für jeden Bezirk zu
eurogenauen Ergebnissen zu führen.

Auch wenn allseits Einvernehmen darüber bestand, die Mengen des Jahresabschlusses 2005 der betroffenen Produkte in die endgültige Berechnung zu übernehmen, wurde dennoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Mengenreduzierung bei den Produkten „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (HzL Soz und HzL Jug) nicht allein auf den Abgang von Sozialhilfeempfängern in die Zuständigkeit der JobCenter zurückzuführen ist sondern auch auf den Wechsel in die Grundsicherung nach SGB XII. Der Mengenreduzierung bei HzL steht somit – zumindest teilweise – ein Zugang bei der Grundsicherung gegenüber.

In vergleichbarer Weise wurden im weiteren Analyseverfahren die neuen Aufgaben („Kommunale Leistungen nach dem SGB II“), der Mehraufwand in Verbindung mit der Schließung von BSHG-Akten, der Fortbestand der Aufgabe Kosteneinziehung sowie weitere, vielschichtige Probleme der Bezirke angesprochen, erörtert und mit entsprechenden Beträgen von der Senatsverwaltung für Finanzen leider nur teilweise anerkannt und hinterlegt.

Für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf ergeben sich bei den Hartz IV betroffenen Produkten folgende geänderte Zuweisungen für 2005:

	In Tsd €
Altakten	153
Wohngeld (61541)	-427
Gemeinnützige Arbeit (76876)	-107
Hilfe zur Arbeit (77876)	-127
Integration Arbeit (78406)	-151
HzL Jugend (78726)	-171
HzL Soziales (79074)	-2.217
Grundsicherung nach SGB XII (78407)	555
Grundsicherung Hartz IV (79033)	511
Rechtsstelle/Kosteneinziehung (79147)	382
Basiskorrektur 2005 Summe	-1.599

Davon entfallen auf

	In Tsd €
die Abteilung Soziales	- 1.172
das LUV Wohnen	- 427

Diese Beträge sind durch den insgesamt positiven Jahresabschluss 2005 ausgeglichen worden.

B

Zum 01.01.2005 wurden bereits 34 finanzierte Stellen ins JobCenter abgegeben sowie weitere 7 Stellen im Laufe des Jahres 2005 dorthin verlagert.

Weitere 7,95 Stellen, die durch Umsetzung, Versetzung in den Zentralen Personalmanagement oder durch Ausscheiden frei wurden, wurden in 2005 nicht nachbesetzt.

Aufgrund der Budgetierung war es im Haushaltsjahr 2006 erforderlich, weitere 19 Stellen mit einem Personalkostenumfang von 711.455 € einzusparen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in das Zentrale Personalmanagement oder ins Jobcenter zu versetzen. Die Abteilung Soziales hat von insgesamt 230,7 Stellen somit 67,95 Stellen eingespart und verfügt nur noch über 162,75 Stellen.

Im Rahmen der Haushaltswirtschaft 2006 können voraussichtlich Personalkosten lediglich in Höhe von ca. 190.000, € (berechnet nach Durchschnittssätzen) durch Nichtbesetzung freier Stellen bzw. Stellenanteilen eingespart werden.

Durch die in 2006 ergriffenen Maßnahmen wird es möglich sein, die abgesenkten planmäßigen Ansätze für Personalausgaben einzuhalten. Eine darüber hinausgehende Bedienung der etatisierten pauschalen Minderausgaben für Personal in der Abteilung Soziales sind daher nur bedingt möglich.

Die Aufrechterhaltung der (weiteren) pauschalen Minderausgaben in voller Höhe würde bei den zu Grunde liegenden Durchschnittssätzen eine Stellenreduzierung von weiteren 32 Stellen erforderlich machen und somit die ordnungsmäße Erfüllung zumeist gesetzlicher Pflichtaufgaben zum Erliegen bringen, da der eigentlich von der Einsparung betroffene Bereich über weniger Stellen verfügt.

C

Die Abteilung Soziales ist derzeit intensiv bemüht, eine Überprüfung der Produktmengen und der Buchungszuordnung vorzunehmen, um hier zukünftig Budgetierungsverluste zu minimieren und so zu einem Aufgaben angemessenen hinreichenden Produktsummenbudget auf Abteilungsebene zu gelangen.

In Absprache mit dem Zentralen Steuerungsdienst und einer Neuorganisation der Abteilung werden die beiden Stellen der Kostenleistungsrechnung jeweils in die derzeit produktproblematischen Bereiche angesiedelt, um direkt den Fachbereichen und den mit der Mengeneingabe betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fachlich und beratend zur Seite zu stehen. Zusätzlich werden in den Fachbereichen 3 und 4 weitere Multiplikatoren für die Kostenleistungsrechnung in Verbindung mit ProSoz benannt und geschult. Durch Sachbearbeiter der Abteilung Soziales des BA Tempelhof-Schöneberg fand ein praktischer kollegialer Informationsaustausch zur Eingabequalität der Mengen in das Programm ProSoz in der 21. Kalenderwoche statt. Weiterhin wird den bereits eingebenden Mengen eine manuelle Handzählung (24. und 25. Kalenderwoche) gegenübergestellt. Alle Problemprodukte werden einzeln auf ihre Buchungsqualität hin überprüft und ggf. notwendige Umbuchungen werden schnellstens veranlasst. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Soziales werden z.Zt., aber auch zukünftig, auf die Wichtigkeit einer korrekten Produktbuchung und Mengenerhebung hingewiesen. Regelmäßige Produktkonferenzen sowohl in den Fachbereichen als auch auf der Leitungsebene werden abgehalten. Durch die eingeleiteten Maßnahmen erwartet die Abteilung Soziales eine erhebliche Verbesserung ihrer Produktbewertung, der Personalkostenbemessung und Medianzuordnung. Erste Ergebnisse der Korrekturen können aber erst im Juli/August 2006 erwartet werden.

D

Die vorstehend dargestellten Schritte lassen insgesamt die Erwartung zu, dass eine Verbesserung weiter voranschreitet und erreicht wird.

Herbert Weber
Bezirksbürgermeister

Stefan Wöpke
Bezirksstadtrat

Die Dringliche Vorlage zur Kenntnisnahme wurde am 28.08.2006 in der 67. Sitzung des Haushaltsausschusses beraten und zur Kenntnis genommen.

Der Bezirksverordnetenversammlung wird die Kenntnisnahme der Vorlage empfohlen.

Platzeck
Ausschussvorsitzender